

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-59444](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-59444)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorauszahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.: für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang. Dienstag, den 30. Juli 1850. № 61.

Die Einheitspartei und Preußen.

(Schluß des Artikels in Nr. 59.)

Es wird zwar zugegeben, daß der Weg des Preußenbündnisses zunächst nur die halbe Befriedigung des Einheitsbedürfnisses gewesen. Wer aber die halbe Befriedigung heute verschmähe, meint man, weil er morgen die ganze hoffe, von dem siehe zu vermuten, daß er dieses Bedürfnis nicht sehr schmerzlich empfinde, und von dem sei gewiß, daß er ein grundschlechter Politiker sei. Allein es ist zu bedenken, daß es zweierlei Halbheiten giebt. Wenn ich todthungarig bin, und mir bietet Jemand für heute eine halbe Mahlzeit, statt einer ganzen, so würde ich freilich ein sehr schlechter Politiker für meine Gesundheit sein, wenn ich die heutige halbe in der Erwartung einer morgenden ganzen von der Hand wiese. Wenn dagegen der König Salomo jeder der vor seinem Richterstuhl erschienenen Mütter die Hälfte des unter ihnen streitigen Kindes anbietet, so würde die wahre Mutter des Kindes gewiß eine sehr schlechte Mutter gewesen sein, wenn sie das halbe Kind genommen, und nicht lieber, um das Ganze zu reiten, es für jetzt den Händen der Fremden überlassen hätte. Wie sehr aber die Politik von der halbirten Einheit Deutschlands zu dieser zweiten Art von Halbheiten gehört, hat die bisherige Erfahrung schon genügend gelehrt.

Es wird ferner gescholten auf „eine Beschränktheit“, wie diejenige, welcher etwa eine südwest-deutsche Winkelrepublik lieber sei, als ein einiges monarchisches Deutschland, auch eine „Krähwinkelerei“, wie diejenige, welche einige „Bettelsfreiheiten“, die man vielleicht bis auf Weiters in Nassau oder Oldenburg vor Preußen voraus habe, dem Anschlusse an Preußen opfern wolle. Senes erste Urtheil würde sich indeß, abgesehen davon, daß der Geschmack nun einmal sehr verschieden ist, vielleicht durch die Betrachtung widerlegen, daß die bisherige

Erfahrung vermuthen läßt, es werde, wenn einmal eine westdeutsche Winkelrepublik nicht bloß möglich, sondern sogar wirklich geworden sei, dann auch weit leichter sein, ein einiges republikanisches Deutschland zu gründen, und wieder werde eine westdeutsche Winkelrepublik viel eher möglich sein, als ein monarchisches einiges Deutschland. Die zweite Behauptung würde — abgesehen von dem unheimlichen Ausdrucke „Bettelsfreiheiten“ — zuzugeben sein, wenn der Anschluß an Preußen gleichbedeutend würde mit dem Anschlusse an die deutsche Einheit. Da das aber bekanntlich sehr verschiedene Dinge sind, so würde doch sehr zu rathen sein, die errungenen Freiheiten, auch die kleinen nicht ausgenommen, möglichst festzuhalten, und es nicht zu machen, wie jener Hund, welcher, nach dem ihm vorgespiegelten Bissen schnappend, den wirklichen fahren läßt. Opfert gern den Particularismus dem wahren Geiste, der deutschen Einheit. Gegen den Gegen des Preußenbündnisses aber hüllt Guch in ihn und streckt ihm seine Stacheln entgegen.

Sodann folgt das bekannte Dogma: Nur mit Preußen an der Spitze könne man zur Einheit gelangen. — Von einem Jeden, der sich für etwas ganz Besonderes auszieht, wird sehr natürlich ein Zeichen verlangt, daß er das Besondere sei. Selbst der Heiland mußte sich legitimiren durch Zeichen und sogar durch Wunder. Preußen dagegen soll in dem Uebermaße verzogener Sohn sein, daß man von ihm dergleichen durchaus nicht verlangt. Man glaubt ihm so. Preußen soll die Führerrolle gar nicht erst zu verdienen brauchen. Sie soll ihm von selber gebühren. Es soll einmal die Macht dazu haben. Ja noch mehr! Preußen hat überdies nicht allein kein Zeichen für seine Führerfähigkeit gethan; sondern sogar eine ganze Reihe für seine Unfähigkeit; es hat keine Beweise für die dazu gehörige Macht geliefert, wohl aber für seine dazu nicht gehörende Schwäche. Selten wohl hat

eine Doctrine durch die Ereignisse solche Schlage erhalten, wie die von Preußens Führerschaft. Angesichts dieser Thatsachen klingt das Ausmarthen derselben fast wie Hohn. Dennoch finden auch hier ihre Anhänger genügenden Trost in der Hoffnung, daß es wohl einmal anders werde. Es soll vielleicht nichts als der endlichen Anerkennung bedürfen, um das Verderben in Rettung zu verwandeln. Da kann freilich noch viel Wasser die Spree herunterlaufen, ehe diese Anerkennung erfolgt und die Hauptstadt an der Spree die Metropole Deutschlands geworden sein wird. Wer, so wird endlich gefragt, sollte denn sonst die Führerschaft übernehmen können, ob etwa die vier Königreiche u. s. w. Wo aber ist denn überall die Nothwendigkeit, daß dieser oder jener Staat die Führerschaft übernehmen müsse? Wo ist denn der Beweis der Nichtigkeit der Lehre von der absoluten Nothwendigkeit einer Führerschaft? Auch Schleswig-Holstein hat sich jetzt überzeugt, daß es ohne Führerschaft gehen muß. Preußen selber hat ihm durch seine Handlungsweise diese Ueberzeugung endlich aufgedrungen. Und mit der deutschen Sache wird es ähnlich gehen. Belehren lassen wollen sich die Gothaer nicht, da sie einmal meinen, daß sie allein in Deutschland Volkstik versprechen. So bleibt für sie eben nur übrig, daß auf dem Wege der praktischen Dialektik das Dreikönigsbündniß sich ihnen erweise als das, was es ist — als einen Weg in den Sumpf. c.

An die Wähler zur Synode.

Die nächste Synode wird wichtige Beschlüsse zu fassen haben, welche zur Regulirung mancher durch unsere neue Kirchenverfassung sich anders gestalteten Verhältnisse höchst nothwendig geworden sind; so z. B. auch darüber, auf welche Weise die durch die Abschaffung der Stolzgebühren bedeutend gesteigerten Kirchenlasten künftig über die Gemeinde-Mitglieder zur Vertheilung kommen sollen. Die Wahlen zu dieser Synode sind vom Oberkirchenrath bereits ausgeschrieben und sind daher in den nächsten Tagen von Euch vorzunehmen. Wollt Ihr nun, daß die Beschlüsse der Synode in Eurem Sinn ausfallen sollen, nun, dann unterlaßt nicht, Euch bei den Wahlen zu betheiligen und gebt solchen Männern Eure Stimme, von denen Ihr überzeugt sein könnt, daß sie in Eurem Sinn handeln werden.

Ueberseht nicht, daß unsere freie Kirchenverfassung nicht weniger Feinde hat, als unsere freie Staatsverfassung; daß es also viele giebt, welche Euch die freie Kirchenverfassung wieder entreißen und Euch gern auch auf dem kirchlichen Gebiete die alte Zwangsjacke wieder

anziehen möchten. Die Einen, weil sie wissen, daß neben einer so freien Kirchenverfassung das Bestehen einer unfreien Staatsverfassung eine reine Unmöglichkeit wird; die Andern, weil die Kirchenverfassung aus ihnen Diener der Gemeinde gemacht hat, da sie doch früher Herren derselben waren und wiederum Andere, weil die Kirchenverfassung eine gerechtere Vertheilung der Kirchenlasten vorschreibt und sie nun befürchten, etwas mehr zahlen zu müssen.

Man sage nicht, daß wir nur Gespenster sähen; es ist wirklich so. Schon seit längerer Zeit bringen unsere Heilerblätter, namentlich der Egenannte, heidnische Angriffe auf unsere Kirchenverfassung und herzerreißende Beklagen über den unheilvollen, kirchenfeindlichen Zeitgeist, der dieselbe durchwebe; ja sogar Aufforderung nach Oben, dieselbe durch einen Machtspruch wieder außer Kraft zu setzen. Da giebt es Geistliche, welche in die Welt schreien, das Volk sei zu unmündig, d. h. zu dumm für eine freie Kirchenverfassung, welche aber selbst zu einfältig sind, um einzusehen zu können, daß wenn solches wirklich der Fall wäre, grade der Geistlichkeit dieserwegen eine schwere Verantwortung treffen würde. Ist es nicht mehr als ein Jahrtausend der Beruf dieser Herren gewesen, wenigstens allsonntäglich von der Kanzel herab auf das Volk belehrend einzuwirken und hat nicht bereits Jahrhunderte lang das Volksschulwesen in ihren Händen gelegen? Wenn daher das Volk jetzt noch so unwissend sein sollte, wie jene Herren meinen, so darf man daraus, ohne ungerecht zu werden, wohl den Schluß ziehen, daß die Herren Geistlichen bis jetzt unnütze Diener des Evangeliums gewesen und den Lohn nicht verdient haben, der ihnen so reichlich zugeslossen ist. Doch lassen wir solche Kirchenheiler ruhig ihre Wege gehen, als unschädliche Antiquitäten längst verklungener Zeiten, und uns bestreben, ihnen durch die Wahl bewährter, freisinniger Männer den Beweis zu liefern, daß wir angehört, ihre willentlose Diener zu sein, und daß wir auch ohne ihr Zutun, ja gegen ihren Willen, mündig geworden sind.

Noch einmal rufen wir Euch zu, versäumt nicht, Eure Wahlzettel in die Wahlurne zu legen, damit, wenn auf der Synode Beschlüsse gefaßt werden, die Euch nicht gefallen, und Eure Rechte tranken, Ihr Euch nicht den Vorwurf machen müßt, es selbst verschuldet zu haben. Hier auf dem kirchlichen Gebiete ist Euer Wille noch Gesetz; kein absolutes Veto, noch Vertagungsdecree treten Euch hindernd in den Weg; es gilt noch der Wahlspruch: Wie Ihr's treibt, so geht's.

Der Unterstützungs-Verein für Schleswig-Holstein

hat in Oldenburg guten Fortgang. Die Geldbeiträge erreichen schon jetzt die Summe von 1500 R und alle Volksklassen betheiligen sich daran mit gleicher Wärme, und die Gabe des Arbeiters, welcher einen halben Tag Lohn opfert, zeugt von dem in Deutschland wieder erwachten Nationalgefühl für Ehre und Volksrecht lauter, als das Goldstück, welches derjenige beisteuert, der nach dieser Beisteuer keinerlei Entbehrung sich aufzulegen braucht, sondern den Goldfuchs nur lachenden Erben entzieht.

Geld, viel Geld, das ist es, was Schleswig-Holstein braucht, um den Krieg führen zu können. Was wir geben, ist nur eine Kleinigkeit gegen das, was wir Schleswig-Holstein schuldig sind. Denn der Krieg, den die Holsteiner gegen die Dänen führen, um Deutschlands Gränze und Deutschlands Recht gegen sie zu verteidigen, den führen sie ja für uns, und das Geld, welches wir ihnen hinsenden, ist nur ein kleiner Theil von dem, was es uns kosten würde, wenn wir das Truppenkontingent ins Feld stellen sollten, welches wir ihnen zu Hilfe zu schicken von Gott und Rechts wegen schuldig wären. Also Geld, viel Geld, und wir thun noch lange unsere Schuldigkeit nicht.

Wie noch auf andere Weise der Wunsch erfüllt werden könne, „hülfreich zu sein in dem begonnenen Kampf für das deutsche Vaterland und sein Recht“ — darüber hat der Ausschuss in einem an die Statthaltertschaft zu Kiel erlassenen Schreiben angefragt, und wie die Antwort nicht ausbleiben wird, so werden auch die Bewohner des Oldenburger Landes nicht auf sich warten lassen, wenn der Hülfseruf an sie ergeht. Die Verhandelschwäche und Erbärmlichkeit der Diplomatenkünste hat nun ein Jahr lang ihr Spiel getrieben und nichts zu Stande bringen können als diesen sogenannten Frieden, welchen sogar die Weserzeitung das Einfältigste und das Schmachvollste nennt, was je auf Papier niedergeschrieben wurde. Aber ein Lichtpunkt ist in diesem Friedenstractat enthalten, wenn auch ohne daß seine Verfasser es bedacht haben. Das ist die direkte Aufforderung an das Volk, die Lösung des Knotens nun seinerseits zu versuchen. Zeige denn das Volk, daß es gegen diese Aufforderung nicht taub ist; zeige es, daß Volksvernunft höher steht als Diplomatenaberwitz!

Gedankenspäne aus Lohne.

Die große Glocke zu Lohne hatte durch ihren ausgezeichneten Ton die Einwohner des Kirchspiels lange Jahre erfreuet, bis sie im Februar 1814 aus übergroßer Trauer über den Tod unserer Höchstseligen Großherzogin zerbrach. Seitdem hat sie nur Klageklänge der jammervollsten Art von sich gegeben, um den Kirchenverstand zu rühren, damit er ihr einen Arzt besorge. Dieser aber denkt: Klingt es nicht, so klappert's doch! und läßt frisch drauf los läuten. Darüber ist die kranke Glocke vor Kurzem so erboht geworden, daß sie ein Stück von ihrem kranken Leibe gerissen und nach

dem sie qualenden Buben geschleudert hat. Glücklicherweise hat das Stück ihn nur gestreift und einen Fegen vom Kleide gerissen; desto stärker aber die Thurmthürer getroffen.

In den von 6 Juraten nach einander geführten Vermenrechnungen des Kirchspiels Lohne figuriren zwei Capitalien von 142 R 22 $\frac{1}{2}$ gr und 159 R 69 $\frac{1}{4}$ gr , zusammen 302 R 20 $\frac{1}{4}$ gr , unter Bürgschaft und Pfandbürgschaft. Von diesen sind die Zinsen seit 22 Jahren immer als rückständig in Rechnung gebracht, und trotz der genauen Controle der Special-Direction und des General-Directoriums zu der Summe von 270 R 67 $\frac{1}{2}$ gr angeschwollen.

Das heißt doch ein Muster der Verwaltung öffentlicher Cassen und der Controle.

Auch in der Gemeinde-Casse liegen 200 R schon seit längern Jahren ungenutzt.

Der sicherste Beweis, daß die Gemeinde reich ist.

Dampfschiffe.

Nächstens soll eine Generalversammlung stattfinden. Möchte dort sich eine rege Theilnahme zeigen, denn es soll, wie man hört, etwas Wichtiges verhandelt, ein Geschäftsführer gewählt werden. Sehen wir zu, daß wir dazu einen gewandten, fachkundigen, rechtlichen Mann bekommen und dulden wir es nicht, daß die Stelle als Pfünde vergeben werde.

Für sich und mehrere Actionäre.

Die Neuen Blätter

sind ungehalten darüber, daß in dem Artikel: „Der Schleswig-Holsteinische Krieg“ in voriger Nummer des Beobachters den Gothaern, oder was dasselbe sagt, den Frankfurter „Ausreißern“ einmal wieder tüchtig die Wahrheit gezeigt wird. Sie sagen: „Der Oldenburgische Beobachter“ macht eine unrühmliche Ausnahme von der fast allgemeinen Haltung der Parteien. Ihm ist die Schleswig-Holsteinische Sache nur eine neue Veranlassung, die alte Verunglimpfung Gagerns, der Gothaer, der Volksvertreter, die „ohne alle Noth“ Frankfurt verließen, zu wiederholen. Auch der Waffenstillstand von Malmo, das alte Steckpferd der Demofraten, muß wieder herhalten“ &c. — Das wäre nun ein Thema, auf welches man eine ganze Menge der verschiedensten Variationen machen könnte — wir wollen aber nur erwidern, daß der Ruhm einer „unrühmlichen“ Ausnahme, wie hier die Neuen Blätter sagen, uns für diesmal nicht gebührt. Auch andere Blätter, wenn sie von der Schleswig-Holsteinischen Sache sprechen, haben gleich die „Gothaer“ oder Frankfurter Ausreißer beim Kragen, weil diese eben es sind, die durch ihre Feigheit und Servilität eine so große Schmach, nicht allein über Schleswig-Holstein, sondern über ganz Deutschland gebracht haben. Daß die Neuen Blätter es „unrühmlich“ nennen, wenn über die Gothaer mit verdienter Verachtung gesprochen wird, wundert uns gar nicht, denn ihr Meda-

teur, G. Müller, ist ja just einer von den Frankfurter Ausreißern und großpolitischen Gothaern. — Ein gut renommirtes Hamburger Blatt äußert sich bei Gelegenheit einer Besprechung der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit über diese Gothaer folgendermaßen: „Die „**Männer von Gotha**“ sind bereits an ihrem Posten, um der Bewegung jene liberal-doctrinäre Richtung zu geben, welche mit **Täuschung** beginnt, mit **Verrath** fortfährt und mit **Sanctionirung des Verraths** endigt. Wehe den Herzogthümern, wenn sie auf die Stimme dieser **Characterlosen, gepreizten Politiker** der Augustinerkirche zu Erfurt hören!“ — „das **officielle** Deutschland hat **Schleswig-Holstein** verrathen, Krieg dem **officiellen** Deutschland!“ — Nun, was sagen die Neuen Blätter zu diesen schmeichelhaften Aeußerungen über die „Gothaer“? — sie werden sagen, daß es sehr „unrühmlich“ sei, so zu sprechen.

Was übrigens die forcirte Theilnahme unserer Oldenburger „Gothaer“ an der Schleswig-Holsteinischen Sache betrifft, so sind wir überzeugt, daß sie nur in Folge eines beifälligen Kopfnickens von Oben entstanden ist. — Ihr Gothaer! — wenn sich dies beifällige Kopfnicken nun plötzlich in ein mißfälliges Kopfschütteln verwandelte — was würdet Ihr dann thun? — Ihr würdet — ich wette — diese Sache eben so schnell und bereitwillig verlassen, wie Ihr die Sache des ganzen deutschen Volkes verlassen habt, nemlich damals, als Ihr — auch in Folge des Kopfschüttelns der Könige und Fürsten — in Frankfurt Reichthum nahm. O, wir kennen, wir durchschauen Euch!

Die schmählische Niederlage, die in diesem Augenblick die braven Schleswig-Holsteiner erkitten — fñhlt Ihr auch, welchen Antheil Ihr daran habt? — seht Euch nun hin und zapft Charpie für die Bunden der wackern Krieger, die Ihr ihnen indirect selbst geschlagen habt und rñhmt dabei nach Curer Weise die vortreffliche **Politik** Preussens, nach welcher das „herrliche Kriegsheer“ jetzt einen müßigen Zuschauer abgeben muß bei dem Niedermegeln seiner deutschen Brüder in Schleswig-Holstein. — Ihr wollt nichts von Curen alten Sünden hören? — Ihr nennt es „das alte Steckensperd der Demokraten“, wenn des Waffensillstandes von Malmö gedacht wird? — Ihr wollt nicht Frankfurter Ausreißer heißen? — woblan, so sündigt hinfort nicht mehr, so seid nicht mehr elende Werkzeuge der jämmerlichen Diplomatie der Kabinette — tragt das Curige dazu bei, daß für die Schleswig-Holsteiner nicht bloß Charpie gepußt, sondern daß ihnen auch thätliche Hilfe in ihrer gerechten Sache zu Theil werde! — Was — Euch Cure Sünden nicht vorhalten, deren unheilvolle Folgen gerade jetzt so schauderhaft klar vor aller Welt Augen treten? — Das verlangt Ihr? — Ha, wir werden sie Euch vorhalten — so lange vorhalten, wie die auf dem deutschen Volke ruhende Schmach dauert, die Cure Sünden erzeugt haben, oder so lange, bis Ihr

Redacteur: Wilhelm Calbeke.

in Euch geht. Cure Sünden bekennet und Neue zeigt mit der That. —

Unser Steckensperd übrigens ist — daß es die Neuen Blätter nur wissen — das Recht und die Wahrheit, darauf reiten wir fortwährend, und wenn die Lüge oder die Jämmerlichkeit auf unserm Wege sich sehen laßt, so reiten wir sie mit diesem unserem guten Steckensperde zu Grund und Boden. — Der Beobachter.

Elf hiesige Officiere

haben um ihren Abschied gebeten, um nach Schleswig-Holstein zu gehen. Bravo! — Krieger, alle die Ihr könnt, auf, folgt eiligst ihrem Beispiele!

Einladung.

Ein hochgeehrtes Publikum laden die Unterzeichneten hierdurch zu der am Dienstag, den 30. Juli stattfindenden Abend-Unterhaltung im Schützenhof ganz ergebenst ein. — Wir haben Sorge getragen, den geehrten Theilnehmern durch gut gewählte Gesangs-Vorträge, heitere Tänze und tüchtiges Orchester einen vergnügten Abend zu verschaffen, und hoffen deshalb, einem zahlreichen Besuch entgegensehen zu dürfen.

Billets à 18 gr. — Familien-Billets 6 Stück 1 fl. — Kinderbillets 9 gr. werden in unserer Wohnung, Damm Nr. 16, so wie an der Kasse ausgegeben.

Anfang 7 Uhr.

Fr. und Louise Böhn.

Zum Benefiz des Herrn Crives

wird im Livoli-Theater am Dienstag, den 30., also an dem Tage, an welchem diese Nummer des Beobachters erscheint, ein Quodlibet: „Der unzusammenhängende Zusammenhang, oder: dramatisch-musikalischer Blumenstrauß und Kladderadatsch“, mit Tanz und Gesang in 3 Abtheilungen, gegeben werden. Die Zusammenstellung dieses Quodlibets soll äußerst interessant und namentlich sollen die Tänze darin vortrefflich arrangirt sein. Das Publikum hätte demnach eine recht pikante, angenehme Unterhaltung zu erwarten, möchte es sich nur recht zahlreich einfinden.

Livoli-Theater.

Donnerstag, den 1. August: Gallerie lebender Bilder. Neue Darstellungen. (Bei Beleuchtung.) Vorher: Zum zweiten Male: Die sieben Mädchen in Uniform. Vaudeville in 1 Act von L. Angely. Den Anfang macht: Zum ersten Male: Memoiren zweier Neuvermählten. Lustspiel in 1 Act von W. Friedrich. Anfang der Vorstellung um halb sechs Uhr.

Freitag, den 2.: Erste Gastdarstellung der Ballettänger-Gesellschaft Terwig-Kindor.

Th. Fürst, Director.

Brieftasche. Lassen Sie sich immerhin den Titel Demokrat gefallen, es ist ein Ehrentitel; möchten ihn nur Alle, die ihn führen, so verdienen wie Sie.

Schnellpreßendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Freitag, den 2. August 1850.

№ 62.

Die Neuen Blätter über den allgemeinen Landtag.

III. (Schluß.)

Von allen „Extravaganzen“ des allgemeinen Landtages gilt den Neuen Blättern der Beschluß, wodurch der Gehalt des Bevollmächtigten im Verwaltungsrathe und die Diäten der Erfurter Abgeordneten gestrichen worden sind, natürlich als das Non plus ultra ständischer Anmaßung. Und in der That ist es zu verwundern, daß, wenn doch einmal vertagt und aufgelöst werden sollte, das Ministerium es noch zu diesem Beschlusse in der deutschen Frage kommen ließ, der ja nicht eine bloße Geldfrage betrifft, sondern den urkundlichen Beweis der Thatsache liefert, daß das Volk des Großherzogthums Oldenburg nunmehr sogar zum dritten Male sich von dem Berliner Bündniß losgesagt hat — einer Thatsache, deren Gewicht unsern Regierungs-Politikern schwer auf der Seele lasten muß, wenn sich die Betrachtung damit verbindet, wie weit wir mit dem innern Ausbau unseres Staatsgrundgesetzes in harmonischem Zusammenwirken beider Staatsgewalten jetzt schon hätten sein können, ohne alle Gefahr, inzwischen von Preußen „zum Complementary seiner großstaatlichen Existenz“*), wie Herr Moske sich ausdrückte, verschluckt zu werden, wenn die Regierung schon nach dem ersten, das Berliner Bündniß abweisenden Votum an dem Art. 27. unseres Staatsgrundgesetzes festgehalten hätte, anstatt dieser sonderbündlerischen Politik eines deutschen Reiches brandenburger Nation nachzujagen, dessen antinationale wie reactionäre Anlage seitdem immer mehr zu derjenigen schwindstüchtigen Entwicklung gelangt ist, welche die Oldenburger Landtage ihm stets prophezeit haben.

*) Stenograph. Berichte des zweiten allgemeinen Landtages, S. 180.

Die Neuen Blätter berufen sich gegen den gedachten Beschluß, soweit er die Unterhaltungskosten des Bevollmächtigten im Verwaltungsrathe betrifft, zunächst darauf, daß ein solcher Bevollmächtigter Oldenburgs, wenn nicht in Berlin oder Erfurt, doch anderwärts nicht zu entbehren sei. Allein es ist ja über das Bedürfniß eines Oldenburgischen Bevollmächtigten in Deutschland überhaupt vom Landtage gar nicht aberkannt, sondern dieses Bedürfniß nur für den Verwaltungsrath verneint worden. Was aber dieser Einwurf soll, ist schwer zu begreifen.

Sodann wird, was die Diäten der Erfurter Abgeordneten betrifft, der Gesichtspunkt eines „status quo“ aufgestellt, welcher vom Landtage in dem Waffenstillstands-Vertrage stillschweigend anerkannt worden und dessen Kosten zu bewilligen daher Pflicht gewesen sei.

In dem Waffenstillstands-Vertrage vermögen wir eine Anerkennung irgend welcher von der Regierung in Ausführung des Berliner Bündnisses geschriebenen Schritte nicht zu finden. Die Regierung sollte sich mit der bekannten Landtags-Ansicht, daß so lange Hannover nicht wieder beigetreten, oder der Landtag den Anschluß genehmigt habe, von Erfurt aus nichts bei uns zur Anwendung komme, einverstanden erklären, und darnach handeln oder ihr Verfahren bemessen; und dagegen sollte der Landtag die Berathung der Berliner Bündniß-Vorlagen bis weiter aussetzen. Das war der einfache Sinn des Waffenstillstandes. Im Uebrigen wurden aber sowohl dem Landtage wie der Regierung, alle Rechte ausdrücklich vorbehalten. Der Erfurter Abgeordneten wurde allerdings nicht gedacht. Aber daraus folgt nur, daß die Regierung durch den Waffenstillstandsvertrag sich nicht verpflichtet hatte, die Abgeordneten zurückzurufen. Aber ob sie nicht nach dem Art. 27. des Staatsgrundgesetzes dazu, nach wie vor verpflichtet blieb, und die Minister wegen Ausführung des Bündnisses